

# #NoComplicity: Menschenrechte in China



In Anbetracht der dramatischen Menschenrechtssituation in China setzt sich die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) für die Entwicklung einer kohärenten Menschenrechtspolitik der Schweiz gegenüber China ein und unterstützt die tibetische und uigurische Diasporagemeinschaft in der Schweiz.

## HINTERGRUND

Die menschenrechtliche Situation in China ist verheerend: In der Provinz Ostturkestan (chinesisch Xinjiang) werden die uigurischen, kasachischen und kirgisischen Gemeinschaften massiv unterdrückt und überwacht. Über eine Million Menschen werden in Umerziehungslagern ohne Gerichtsverfahren und auf unbeschränkte Zeit gefangen gehalten und Zehntausende zu Zwangsarbeit gezwungen. Auch in Tibet ist die Menschenrechtssituation äusserst prekär. Tibeterinnen und Tibeter werden in ihren Rechten auf Religions- und Glaubensfreiheit, freie Meinungsäusserung und Versammlungsfreiheit massiv eingeschränkt.

FOTO: GFBV



**«Viele westliche Firmen und Regierungen machen noch immer Geschäfte mit China. Dafür ist nicht der richtige Zeitpunkt! Diese Geschäfte unterstützen die Unterdrückung der uigurischen und tibetischen Bevölkerung.»**

Dolkun Isa, Präsident des Uigurischen Weltkongresses

.....

Chinas die Unterdrückung der Minderheiten systematisch verschärft. Das gegenwärtige Abkommen mit China enthält keine griffigen Vereinbarungen, um zu verhindern, dass Produkte aus Zwangsarbeit oder in Zusammenhang mit anderen schweren Menschenrechtsverletzungen auf den Schweizer Markt gelangen und mit Zollvergünstigungen belohnt werden.

### Der lange Arm Chinas reicht bis in die Schweiz

In der Schweiz leben rund 7500 Personen tibetischer Abstammung. Es ist die grösste tibetische Exilgemeinschaft Europas. Die chinesische Regierung schüchtert Exil-Tibeterinnen und -Tibeter sowie Uigurinnen und Uiguren zunehmend ein. Sie erleben sogar in der Schweiz Einschränkungen in ihrer freien Meinungsäusserung, Bewegungsfreiheit, Privatsphäre und ihrem Recht auf eigene Identität.

FOTO: GFBV



**«Jederzeit könnten Soldaten vorbeikommen und Leute unter Vorlegung falscher Beweise in die Lager abführen. Niemand ist sicher in Ostturkestan.»**

Sayragul Sauytbay, Kasachin und Überlebende eines chinesischen Internierungslagers

### Wirtschaftliche Verflechtung mit China

Seit der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens im Jahr 2013 hat die Schweiz ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu China intensiviert. Im gleichen Zeitraum hat die Regierung

## DAS ENGAGEMENT DER GFBV

### Ziele

Mit der Kampagne «#NoComplicity» bestrebt die GfbV, die Schweizer Regierung zu einer Priorisierung der Menschenrechte in ihrer Beziehung mit China zu bewegen sowie die Grundrechte der tibetischen und uigurischen Diaspora zu gewährleisten, und fordert die Verantwortung von Schweizer Unternehmen und Branchenverbänden ein.

### Wie wir arbeiten

Die GfbV nimmt zusammen mit der tibetischen und uigurischen Exilgemeinschaft in der Schweiz politischen Einfluss mit Petitionen, Lobbying und Medienarbeit. Wir sensibilisieren die Öffentlichkeit gemeinsam mit den Betroffenen mittels fundierten Recherchen und Podien. Wir ziehen Schweizer Firmen und Wirtschaftsverbände zur Verantwortung und führen exemplarisch Beschwerden gegen Firmen, die in Ostturkestan geschäftstätig sind. Wir vernetzen uns auch international mit dem Ziel, dass die chinesische Regierung die Menschenrechte respektiert.

### Unterstützung

Unser Engagement ist nur dank der Unterstützung unserer treuen Spenderinnen und Spender und durch Zuwendungen von Stiftungen möglich. Mit ihrer Mitgliedschaft oder Spende unterstützen sie Minderheiten und indigene Gemeinschaften in der ganzen Welt bei der Einforderung ihrer Rechte.

### Meilensteine

- Ein ausführlicher Bericht analysiert die Auswirkungen des Freihandelsabkommens mit China auf die tibetische Gemeinschaft und zeigt, dass die Grundrechte von Tibeterrinnen und Tibetern in der Schweiz nicht ausreichend geschützt werden.
- Eine Petition von Tibet-Organisationen und der GfbV veranlasst einen detaillierten Bericht über die Situation der Tibeterinnen und Tibeter in der Schweiz und eine Evaluation des Menschenrechtsdialoges mit China durch den Bundesrat.
- Zeitzeugin und Aktivistin Sayragul Sauytbay reist für ein Podium sowie für Gespräche beim Aussendement EDA und mit Parlamentsmitgliedern in die Schweiz. Die ethnische Kasachin weckt grosse mediale Aufmerksamkeit für die Menschenrechtslage in China und trägt im Parlament zu einem Umdenken bei.
- Gemeinsam mit über 23'000 Unterzeichnenden überreichen der Uigurische Verein Schweiz, Campax und die GfbV dem Bundesrat eine Petition zur Neuverhandlung des Freihandelsabkommens mit China.
- Auf Anregungen der GfbV laden das Aussendement und das Staatssekretariat für Wirtschaft Vertreterinnen und Vertreter des Schweizer Textilssektors zu einem Round-Table ein, um sie für die Menschenrechtslage in China zu sensibilisieren.

### Mit der GfbV für Menschenrechte

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ist eine internationale Menschenrechtsorganisation, die sich für Minderheiten und indigene Völker einsetzt. Wir dokumentieren Menschenrechtsverletzungen, informieren und sensibilisieren die Öffentlichkeit und vertreten die Interessen der Betroffenen gegenüber Behörden und Entscheidungstragenden. Wir unterstützen lokale Bemühungen zur Stärkung der Menschenrechte von Minderheiten und indigenen Völkern und arbeiten national sowie international mit Organisationen und Personen zusammen, die ähnliche Zielsetzungen verfolgen.

FOTO: FRANZISKA ROTHENBÜHLER



Petitionsübergabe mit der uigurischen Gemeinschaft in Bern.

### Weitere Informationen unter:

[www.gfbv.ch/china-menschenrechte](http://www.gfbv.ch/china-menschenrechte)

### Kontakt:

Geschäftsstelle der GfbV Schweiz  
Birkenweg 61, CH-3013 Bern

Tel.: +41 (0) 31 939 00 00, [info@gfbv.ch](mailto:info@gfbv.ch)

Spendenkonto: Berner Kantonalbank BEKB

IBAN: CH05 0079 0016 2531 7232 1



**GESELLSCHAFT  
FÜR BEDROHTE  
VÖLKER**